

# Dozentenvertrag

## ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG EINES SEMINARS

---

Zwischen

dem **Deutsches Rotes Kreuz e.V.**,  
vertreten durch den Vorstand,  
dieser vertreten d.d. Vorsitzenden (Generalsekretär) Christian Reuter,  
Carstennstraße 58, 12205 Berlin,

- nachfolgend "**Auftraggeber**" genannt -

und

[Name/Firma des Vertragspartners]

[Anschrift des Vertragspartners]

[vertreten durch (Person/Organ, durch die der Vertragspartner bei Abschluss dieses Vertrages rechtlich wirksam vertreten wird)]

- nachfolgend "**Auftragnehmer**<sup>1</sup>" genannt -

- Auftraggeber und Auftragnehmer nachfolgend  
auch die "**Vertragsparteien**" genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

### Präambel:

Die „Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte“ (MBE) ist ein migrationsspezifisches Beratungsangebot des Bundes. Seit 2005 wird in anerkannten Beratungsstellen vertrauliche Beratung für erwachsene Zugewanderte angeboten. Das Programm wird aus dem Bundeshaushalt über das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) gefördert. Bewilligungsbehörde ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). In der MBE wird unter anderem nach dem Case Management Ansatz gearbeitet. Zu diesem Thema plant der Auftraggeber eine Kurzzeit Fortbildung für Beratenden der Migrationsberatung.

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der Lesbarkeit wird bei allen Personenbezeichnungen und Pronomen das generische Maskulinum verwendet. Dies soll ausdrücklich im Sinne der Gleichbehandlung alle Geschlechter umfassen und beinhaltet keinerlei Wertungen.

## **§ 1 Vertragsgegenstand**

- (1) Der Auftragnehmer wird am ein Einführungsseminar im Blended Learning Format zum Thema Case Management in der Migrationsberatung durchführen. Die Präsenzveranstaltung findet statt am 27.04.2026 von 14 Uhr bis 29.04.2026, ca. 14 Uhr in der Evangelischen Tagesstätte Hofgeismar. Die Termine der dazugehörigen Online-Seminare zur Vor- und Nachbearbeitung werden von den Vertragsparteien einvernehmlich vereinbart.
- (2) Der Auftragnehmer wird für den Auftraggeber folgende Leistungen erbringen:
  - (a) Er wird ein Einführungsseminare zum Thema Case Management in der Migrationsberatung (Umfang 26 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten) als Blended Learning Format mit einer Präsenzphase sowie zwei Online-Seminaren zur Vor- und Nachbereitung für ca. 20 Teilnehmende durchführen. Es werden mindestens 15 Personen an der Veranstaltung teilnehmen (Mindestteilnehmerzahl).
  - (b) In dem Seminar werden folgende Unterthemen behandelt:
    - inhaltliche und methodische Grundlagen des CM, CM-Instrumentarium (Methoden), die verschiedenen Dimensionen und Wirkungsebenen sowie Rolle der Beraterin / des Beraters
    - Grundlagen der Individuellen Fallsteuerung, komplexe Fallkonstellationen prozesshaft bearbeiten
    - ressourcen- und netzwerkorientierte Arbeit
    - Systemsteuerung und des Netzwerkmanagement
    - Anwendung von CM-Tools
    - kollegiale Austausch und Praxisbezug durch Arbeit an Fallbeispielen
  - (c) Er wird ein Handout sowie eine schriftliche Zusammenfassung bzw. Fotoprotokoll des Seminars für die Teilnehmer erstellen.
  - (d) Zu Beginn des Seminars wird er das Handout an alle Teilnehmenden verteilen. Ohne Freigabe dürfen die Materialien nicht an die Teilnehmer ausgehändigt werden.
  - (e) Er wird bei der schriftlichen Zusammenfassung sowie im Handout die Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip beachten und die Zusammenfassung in geschlechterneutraler Sprache abfassen.
- (3) Der Auftragnehmer wird den Vortrag neutral sowie hersteller- und produktunabhängig halten sowie den Vortrag nicht vorrangig zum Zwecke der Eigenvermarktung oder wirtschaftlicher Eigeninteressen nutzen. Außerdem wird er die Grundwerte des Auftraggebers sowie die Ziele des Vortrages beachten.
- (4) Der Auftragnehmer ist grundsätzlich verpflichtet, die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen in eigener Person zu erbringen. Nur in begründeten Ausnahmefällen kann er sich auf seine Kosten auch der Hilfe eines Vertreters als Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen bedienen, soweit er dessen fachliche Qualifikation zur Erfüllung dieses Vertrages sicherstellt, diesem gleichlautende Verpflichtungen aufgrund des vorliegenden Vertrages auferlegt und dem

- Auftraggeber hierdurch keine höheren Kosten entstehen. Der Auftragnehmer bleibt in diesem Ausnahmefall für die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages gegenüber dem Auftraggeber verantwortlich. Sollten höhere Kosten entstehen, wird der Auftragnehmer hierfür aufkommen.
- (5) Der Auftragnehmer kann seine Tätigkeit nach Inhalt und Art und Weise selbst gestalten und die Arbeitszeit über die vereinbarten Termine hinaus selbst bestimmen. Er unterliegt keinem Weisungs- und Direktionsrecht seitens des Auftraggebers. Weisungsrechte des Auftraggebers bestehen auch nicht gegenüber Personen, die der Auftragnehmer gemäß Absatz 4 zur Vertragserfüllung einsetzt.
- (6) Neben diesem Vertrag gelten als Vertragsbestandteile die nachfolgenden Unterlagen:
- die Ausschreibung des Auftraggebers vom [ ], bestehend aus: der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots, der Leistungsbeschreibung, den Beilagen, beantworteten Bieterfragen sowie auftraggeberseitige Korrekturen an den Vergabeunterlagen und
  - das Angebot des Auftragnehmers vom [ ] nebst Anlagen.
- (7) Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden ausdrücklich nicht Vertragsbestandteil. Die Vertragsbestandteile sind als „sinnvolles Ganzes“ auszulegen. Widersprüche zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen und -grundlagen sind nach allgemeinen Grundsätzen der Vertragsauslegung aufzulösen. Nur wenn gleichwohl noch unauflösbare Widersprüche verbleiben, bestimmt sich das Rangverhältnis nach der Reihenfolge der Auflistung in § 1 Abs. 2. Ein Widerspruch in diesem Sinne liegt vor, wenn Anforderungen und/ oder Leistungen in den Vertragsbestandteilen unterschiedlich definiert sind, nicht jedoch, wenn eine nachrangige Vertragsgrundlage eine vorherige lediglich ergänzt oder konkretisiert.
- (8) Ansprechpartnerin bei dem Auftraggeber für den Auftragnehmer ist die Bildungsreferentin MBE.

## **§ 2 Pflichten des Auftraggebers, Vergütung**

- (1) Für die Erbringung der gesamten vertraglichen Leistungen zahlt der Auftraggeber dem Auftragnehmer als Vergütung ein Honorar in Höhe von
- [Betrag netto] Euro
- ggf. zuzüglich anfallender Umsatzsteuer.
- (2) Der Auftragnehmer ist selbstständig verantwortlich für die Versteuerung seines Honorars. Die Steuerpflicht geht zu Lasten des Auftragnehmers.
- (3) Der Auftraggeber übernimmt die Übernachtungskosten und Verpflegung des Auftragnehmers im Seminarhotel. Weitere dem Auftragnehmer entstehende Aufwendungen, insbesondere Reisekosten, sind mit dem Honorar abgegolten.
- (4) Das Honorar ist innerhalb von 14 Kalendertagen nach vertragsgemäßer Erbringung der in § 1 benannten Leistungen und Vorlage einer prüffähigen Rechnung zur Zahlung fällig. Die Zahlung erfolgt durch Überweisung auf folgendes Konto des Auftragnehmers:

Bank: [Name der Bank]

BLZ: [Bankleitzahl]

Kontonummer: [Kontonummer].

### **§ 3 Ausfall des Vortrags, höhere Gewalt und Pandemieklause**

- (1) Bei Unterschreitung der Mindestteilnehmerzahl oder Schließung/Störung des Veranstaltungsortes ist der Auftraggeber berechtigt, eine Veranstaltung abzusagen oder zu verlegen. In diesem Fall informiert der Auftraggeber den Auftragnehmer bis spätestens vier Wochen vor dem Veranstaltungstermin. Ansprüche auf die Zahlung der Vergütung oder auf den Ersatz von Auslagen bestehen im Falle der Veranstaltungsabsage nicht.
- (2) Werden die Arbeiten durch den Eintritt höherer Gewalt unterbrochen, so werden die Parteien von den Verpflichtungen aus diesem Vertrag für diese Zeit befreit. Umfasst sind insbesondere bewaffnete Konflikte, Naturkatastrophen, Verfügungen von höherer Hand, Sabotage, Streiks und Aussperrungen, geologische Veränderungen und Einwirkungen und sonstige unvorhersehbare unabwendbare Ereignisse. In diesem Fall sind Schadenersatzansprüche ausgeschlossen.
- (3) Bei einem Eintritt von höherer Gewalt verpflichtet sich jede Vertragspartei die andere unverzüglich zu unterrichten und alle notwendigen Informationen, die der Schadensminderung dienen, zur Verfügung zu stellen. Die Parteien verpflichten sich über die möglichen und notwendigen Maßnahmen in einem solchen Fall zu beraten.
- (4) Werden die Parteien bei der Erfüllung ihrer vertraglichen Leistungen durch Auswirkungen, die direkt oder indirekt im konkreten Zusammenhang mit eine/r Schutzmaßnahme zur Verhinderung der (weiteren) Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes einer staatlichen Behörde oder anderen Epidemien oder Pandemien stehen beeinträchtigt, verpflichten sie sich hierüber die andere Vertragspartei unverzüglich in Textform zu informieren. Eine Verlängerung von Fristen ist in einem solchen Fall möglich, jedoch erst nach Rücksprache. Sie kann aber zu keinem Rücktrittsrecht oder Schadenersatzanspruch der anderen Vertragspartei führen. Beide Parteien verpflichten sich, ihr Möglichstes zur Schadensminderung zu unternehmen.
- (5) Eine Beeinträchtigung nach Absatz 4 liegt insbesondere vor, wenn
  - der Betrieb oder ein Teil des Betriebs einer Vertragspartei von Quarantänemaßnahmen betroffen ist,
  - behördlich angeordnete Betriebsschließungen, Ausgangssperren, Reiseverbote oder Auslands-Rückkehr-Gebote ausgesprochen werden,
  - aufgrund von Einreisesperren oder anderweitiger behördlicher Maßnahmen Lieferketten unterbrochen werden und daher Material oder Dienstleistungen nicht zur Verfügung stehen,
  - der Betrieb oder ein Teil des Betriebs einer Vertragspartei aufgrund des Infektionsgeschehens nicht arbeitsfähig ist oder sich in Quarantäne befindet.

- (6) Beide Vertragsparteien sind bei einer andauernden Unterbrechung oder Beeinträchtigung von über 12 Monaten berechtigt gänzlich oder teilweise den Vertrag zu kündigen, ohne dass von der anderen Vertragspartei hieraus Ersatzansprüche abgeleitet werden können.

#### **§ 4 Laufzeit und Beendigung des Vertrages**

- (1) Der Vertrag tritt ab Unterzeichnung in Kraft und endet mit der Erbringung aller geschuldeten Leistungen, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf, spätestens jedoch am 31.07.2026.
- (2) Dieser Vertrag kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende gekündigt werden. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages bleibt unberührt.
- (3) Der Vertrag kann außerordentlich aus wichtigem Grund, insbesondere bei grober Pflichtverletzung, Einleitung eines Insolvenzverfahrens, bei erheblichem Dissens über die Gestaltung und Durchführung des Auftrages, der zu einer Unzumutbarkeit der weiteren Zusammenarbeit führt, Leistungsverzug oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung vom Auftraggeber außerordentlich und fristlos gekündigt werden.
- (4) Im Falle einer Kündigung nach Absatz 2 hat der Auftragnehmer nur einen anteiligen Anspruch auf die in § 2 Absatz 1 geregelte Vergütung, soweit bereits Leistungen erbracht wurden. Diese können bis zum Zeitpunkt des Zugangs der Kündigung abgerechnet werden. Bereits zu viel abgerechnete Vergütungsleistungen sind vom Auftragnehmer zurückzuzahlen.
- (5) Im Falle einer Kündigung nach Absatz 3 hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf die in § 2 Absatz 1 vereinbarte Vergütung. Bereits erhaltene Vergütungen sind vom Auftragnehmer an den Auftraggeber zurückzuzahlen. Der Erstattungsbetrag zu Gunsten des Auftraggebers ist mit einem Zinssatz von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz per annum ab dem Zeitpunkt der Zahlung durch den Auftraggeber zu verzinsen.
- (6) Kündigungen bedürfen der Schriftform. Unter Schriftform verstehen die Vertragsparteien ein Dokument mit eigenhändiger Unterschrift vom (ggf. jeweiligen Vertretungsberechtigten), welches der anderen Vertragspartei im Original zuzustellen ist. Die Parteien erkennen an, dass die Schriftform auch durch eine marktübliche elektronische Signaturanwendung/-software (z.B. D.velop sign, DocuSign®) erfüllt wird.
- (7) Bei Beendigung dieses Vertrages ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche ihm zur Erfüllung dieses Vertrages zur Verfügung gestellten Gegenstände, Unterlagen und Daten, einschließlich etwa hiervon gefertigter Kopien, herauszugeben.

#### **§ 5 Nutzungsrechte**

- (1) Soweit die schriftliche Zusammenfassung des Vortrags Urheberrechtsschutz genießt, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber zum Zeitpunkt ihres Erhalts unwiderruflich alle räumlich, zeitlich und sachlich unbeschränkten, übertragbaren, nicht-ausschließlichen Nutzungsrechte ein. Dies umfasst alle zum Zeitpunkt der Rechteübertragung bekannten und zukünftig bekanntwerdenden Medien und Nutzungsarten und schließt insbesondere das Recht ein, die

schriftliche Zusammenfassung zu vervielfältigen, in beliebiger Weise zu bearbeiten, weiterzuentwickeln, zu ändern und in sonstiger Weise umzugestalten und die hierdurch geschaffenen Ergebnisse in gleicher Weise zu nutzen.

- (2) Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, DRK-Untergliederungen (etwa Landesverbände, Kreisverbände, Ortsverbände, DRK-Service GmbH) oder sonstigen Dritten Nutzungsrechte unbeschränkt einzuräumen. Ein Anspruch auf gesonderte Vergütung für die Einräumung dieses etwaigen Nutzungsrechts besteht nicht. Die Einräumung dieses etwaigen Nutzungsrechts ist durch das Honorar abgegolten.
- (3) Ein Anspruch auf gesonderte Vergütung für die Einräumung dieser etwaigen Nutzungsrechte besteht nicht. Die Einräumung dieser etwaigen Nutzungsrechte ist durch das Honorar abgegolten.

### **§ 6 Schutzrechte Dritter**

- (1) Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die vertragliche Leistung frei von Schutzrechten Dritter ist, die ihre vertragsgemäße Nutzung durch den Auftraggeber ausschließen oder einschränken.
- (2) Werden nach Vertragsabschluss Verletzungen von Schutzrechten geltend gemacht und wird die vertragsgemäße Nutzung der vertraglichen Leistung beeinträchtigt oder untersagt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach Wahl des Auftraggebers entweder die vertragliche Leistung in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass sie nicht mehr unter die Schutzrechte fallen, gleichwohl aber den vertraglichen Bestimmungen entsprechen, oder das Recht zu erwirken, dass die vertragliche Leistung uneingeschränkt und für den Auftragsgeber ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden kann. Ist dies dem Auftragnehmer binnen eines Zeitraumes von 20 Kalendertagen ab Geltendmachung der Schutzrechtsverletzung nicht möglich, so hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer eine angemessene Nachfrist von mindestens 14 Kalendertagen zu setzen. Gelingt dies dem Auftragnehmer auch nicht in dieser Frist, so kann der Auftraggeber ganz oder teilweise von diesem Vertrag zurücktreten oder die Herabsetzung der Vergütung verlangen und Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendung verlangen. Einer Nachfristsetzung bedarf es nicht, wenn der Auftragnehmer offensichtlich nicht zur Mängelbeseitigung in der Lage ist oder die Mängelbeseitigung ablehnt.
- (3) Der Auftragnehmer übernimmt die alleinige Haftung und Rechtsverteidigung gegenüber denjenigen, die Verletzungen von Schutzrechten geltend machen. Der Auftragnehmer ist insbesondere berechtigt und verpflichtet, alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesen Ansprüchen ergeben, auf eigene Kosten durchzuführen und den Auftraggeber von jeglicher Inanspruchnahme durch Dritte auf erstes Anfordern umfassend freizustellen.
- (4) Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich benachrichtigen, wenn gegen ihn Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden.

### **§ 7 Verschwiegenheit und Datenschutz**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich über alle ihm im Zusammenhang mit der Erfüllung dieses Vertrages bekannt gewordenen oder bekannt werdenden DRK-Angelegenheiten auch über das Ende dieses Vertrages hinaus Stillschweigen zu bewahren.
- (2) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen Beachtung finden. Sämtliche personenbezogenen Daten sind bei Beendigung der Vereinbarung dem Auftraggeber auf dessen Verlangen zu übergeben oder unverzüglich zu löschen. Zur Auftrags Erfüllung gegenüber dem Auftraggeber setzt der Auftragnehmer nur solches Personal ein, das zur Vertraulichkeit verpflichtet wurde.

### **§ 8 Aufrechnung und Zurückbehaltungsrecht**

Gegen Ansprüche des Auftraggebers kann der Auftragnehmer nur mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenforderung aufrechnen. Zur Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten ist der Auftragnehmer nur aufgrund von Gegenansprüchen aus dem gleichen Vertragsverhältnis berechtigt.

### **§ 9 Salvatorische Klausel**

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam, nichtig oder undurchführbar sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt.
- (2) Die in Absatz 1 genannten unwirksamen Bestimmungen, sind durch neue, dem geltenden Recht entsprechende Bestimmungen zu ersetzen. Entsprechendes gilt, wenn sich in dem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte.

### **§ 10 Schlussbestimmungen**

- (1) Die Vertragsparteien sind sich einig, dass durch diesen Vertrag kein Dienstverhältnis im Sinne des Arbeits-, Versicherungs- und Steuerrechts begründet wird. Es werden daher keine Sozialleistungen gewährt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine steuerrechtlichen Verpflichtungen selbstständig zu erfüllen. Dies ist bei der Kalkulation des Honorars berücksichtigt. Der Auftragnehmer ist nicht in die Betriebsorganisation des Auftraggebers eingegliedert. Er ist berechtigt, auch für andere Auftraggeber tätig zu werden. Das Auftreten am Markt zur Akquirierung anderer Auftraggeber ist dem Auftragnehmer ohne Einschränkungen möglich.
- (2) Mündliche Abreden bzw. Nebenabreden zu dieser Vereinbarung bestehen nicht. Sämtliche Änderungen des Zeitplanes der Leistungen, des Umfangs der Leistung des Auftragnehmers oder bei Verringerung der Vergütung an den Auftragnehmer, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform unter ausdrücklicher Bezugnahme auf diese Vereinbarung. Dies gilt, soweit nicht die Einhaltung weitergehender Formvorschriften erforderlich ist. Als Textform reicht eine elektronische Übermittlung mit erkennbarer Signatur eines Vertretungsberechtigten

aus. Für solche Änderungen ist auf Seiten des Auftraggebers die Teamleitung des Team 42 zur Unterzeichnung bevollmächtigt.

Weitere, als vorab genannten beidseitigen Änderungen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Unter Schriftform verstehen die Vertragsparteien ein Dokument mit eigenhändigen Unterschriften der jeweiligen Vertretungsberechtigten der Parteien. Dies gilt auch für die Abbedingung dieser Bestimmung selbst.

- (3) Sämtliche in diesem Vertrag genannten Anlagen sind verpflichtender Vertragsbestandteil.
- (4) Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
- (5) Als ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag wird Berlin vereinbart.

---

[Ort, Datum]

---

Deutsches Rotes Kreuz e. V.  
Christian Reuter  
Generalsekretär

---

[Ort, Datum]

---

[Name/Firma des Auftragnehmers]  
[Vertreter]  
[Funktionsbeschreibung z.B. Vorstand, z.B.  
Geschäftsführer, Vorstand]